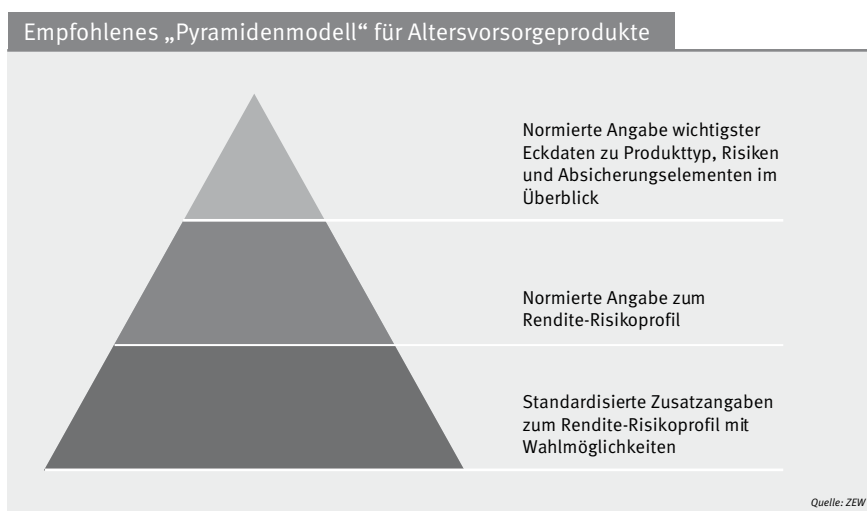


Verbesserte Transparenz privater Riester- und Basisrentenprodukte

Im Rahmen eines Gutachtens für das Bundesministerium der Finanzen hat das ZEW in Zusammenarbeit mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft und dem Institut für Finanzdienstleistungen (iff) untersucht, wie transparent die Informationen zu staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten sind. Aufbauend auf der Analyse des Status quo wurde ein Modell entwickelt, mit dem eine deutliche Verbesserung für die Transparenz des Altersvorsorgemarktes erzielt werden kann.



Ein offensichtliches Problem beim Vergleich von Altersvorsorgeprodukten stellt der meist mehrere Jahrzehnte umfassende Anlagehorizont dar. Verlässliche Renditeprognosen für risikobehaftete Anlagen sind über einen langen Zeitraum grundsätzlich kaum möglich. Zudem variiert im Zeitverlauf bei vielen Sparprodukten die Anlagestruktur. Darüber hinaus verfügen die angebotenen Produkte über unterschiedliche Elemente zur Absicherung von Ertragsrisiken, Langlebigkeitsrisiko und zur Hinterbliebenensicherung. Die damit nur kurz umrissene Komplexität des Produktspektrums verdeutlicht die Notwendigkeit übersichtlicher Informationen für den privaten Anleger. Die Markt-

analysen zeigen jedoch, dass die bisherigen Transparenzvorschriften zum Ausweis der Kosten von Altersvorsorgeverträgen das Ziel der Schaffung von Kostentransparenz beim Vorsorgesparer weitgehend verfehlen.

Ein besonderes Problem stellt die fehlende Kostentransparenz dar, da die Anbieter Kostenangaben üblicherweise auf unterschiedliche Größen und Zeiteinheiten beziehen. Zur Steigerung der Kostentransparenz von Altersvorsorgeprodukten wird daher die Angabe einer zusammengefassten Kennzahl „Reduction in Yield“ (Renditeminderung) für die Ansparphase und die Angabe einer Kostenquote, bezogen auf die Auszahlungen in der Renten-

bezugsphase, empfohlen. Beide Kennzahlen sollten alle ex ante kalkulierbaren Kosten einbeziehen, insbesondere anfänglich gezahlte Abschlusskosten und Ausgabeaufschläge, laufende Verwaltungs-, Vertriebs- und Kapitalanlagekosten auf Ebene des Finanzdienstleisters und auf Ebene der Fonds bei fondsgebundenen Produkten. Für Lebenszyklusprodukte sollten Kostenintervalle oder maximale Kostensätze angegeben werden.

Stärkere Praxisorientierung

Zur Verdeutlichung des Produktprofils empfiehlt das Gutachten ein zukunfts-offenes Modell mit drei Ebenen. Dieses „Pyramidenmodell“ bietet den Vorteil einer grundlegenden Orientierung auf der ersten Ebene und einer weitergehenden Information für stärker interessierte Anleger auf den beiden tiefer liegenden Ebenen. Die erste Ebene sollte die wich-

IN DIESER AUSGABE

Verbesserte Transparenz privater Riester- und Basisrentenprodukte	1
Jedes fünfte Unternehmen nutzt Web 2.0	2
Investmentfondsvermögen privater Anleger in Deutschland im Vergleich	3
Nachgefragt: Fachkräftemangel in Deutschland	4
Steuervereinfachungen – eine sinnvolle Alternative zu Steuersenkungen	5
ZEW Konferenzen	6, 7
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	8, 9
ZEW Intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

tigsten Eckdaten des Produktes aufzuführen, etwa zu Produkttyp, wichtigsten Zusagen/Garantieelementen und Risiken. Ergänzend sollten die oben diskutierten Kostenkennzahlen in übersichtlicher, tabellarischer Darstellung ausgewiesen werden.

Die zweite Ebene sollte weitergehende Angaben zum Rendite-Risiko-Profil und zur Eignung des Produkts für unterschiedliche Anlegergruppen machen. Hier bietet sich eine zweidimensionale Darstellung an, die Bezug sowohl auf die Risikoneigung des Anlegers als auch auf sein Lebensalter nimmt. Darüber hinaus sollte bei fondsgebundenen Produkten

die Anlagestruktur in einer aussagefähigen Gliederung dargestellt werden.

Die dritte Ebene sollte das Rendite-Risiko-Profil noch detaillierter darstellen. Gegenwärtig wird intensiv an stochastischen, das heißt auf statistischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen basierenden Simulationsmodellen für Rendite-Risiko-Profile von Altersvorsorgeprodukten gearbeitet. Insbesondere ist das Bemühen erkennbar, anbieterunabhängige Standards zu entwickeln. Sofern belastbare Eckdaten aus Simulationsrechnungen vorliegen, empfiehlt sich als Standard eine grafische Darstellung von Konfidenzintervallen, die entsprechend

verbraucherkonform erklärt werden. Als zweite wichtige Maßzahl wird die Wahrscheinlichkeit empfohlen, mit der eine jährliche Rendite von zwei Prozent (als Näherung an die von der Europäischen Zentralbank angestrebte Inflationsrate) unterschritten wird. Sofern keine stochastischen Simulationen vorliegen, sollten auf dieser dritten Ebene Berechnungsergebnisse mit Normrenditen von zwei, vier, oder sechs Prozent ausgewiesen werden.

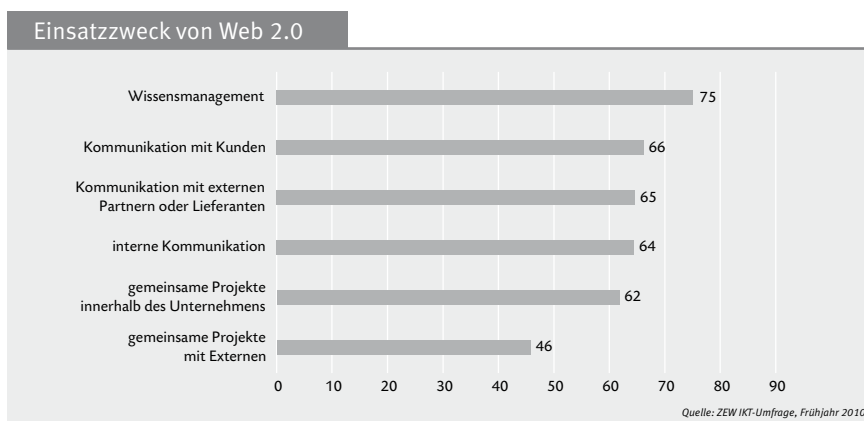
Sie finden das vollständige Gutachten im Internet unter:

www.zew.de/altersvorsorge2010

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Jedes fünfte Unternehmen nutzt Web 2.0

Web 2.0-Anwendungen wie Facebook und Twitter haben sich als Informations- und Kommunikationsmedien im privaten Bereich schon längst etabliert. Jetzt erobern sie unter dem Label „Enterprise 2.0“ zunehmend die Geschäftswelt. Bereits jedes fünfte Unternehmen in Deutschland nutzt derzeit Wikis, Blogs, soziale Online-Netzwerke oder Kollaborationsplattformen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle repräsentative Befragung, die das ZEW bei Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten in verarbeitenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbranchen durchgeführt hat.



Vor allem in Dienstleistungsbranchen, in denen Information und Kommunikation und die Nähe zum Kunden eine große Rolle spielen, findet Web 2.0 zahlreiche Anwender. So zeigt die aktuelle Studie, dass der Branche IT-Dienste und Telekommunikation mit einer Nutzungsrate von 62 Prozent sowie den Mediendienstleistern mit 39 Prozent eine Vorreiterrolle beim Einsatz von Web 2.0-Anwendungen

zukommt. Das Schlusslicht bildet der Einzelhandel mit einer Nutzungsrate von knapp zwölf Prozent.

75 Prozent der Unternehmen, die Web 2.0-Anwendungen einsetzen, tun dies vorrangig im Wissensmanagement. Häufig kommen Web 2.0-Anwendungen aber auch bei der Kommunikation mit Kunden oder mit externen Partnern und Lieferanten zum Einsatz. Innerhalb des Unterneh-

mens dient Web 2.0 der Kommunikation und der gemeinsamen Projektbearbeitung. Seltener wird Web 2.0 bisher noch für die Bearbeitung von Projekten mit Externen genutzt (siehe Grafik).

In Sicherheitsrisiken und einem zu hohen Aufwand, verbunden mit schwer überschaubaren Folgekosten, sehen die Unternehmen die Haupthemmnisfaktoren für eine Nutzung oder weitere Verbreitung von Web 2.0. Diese Hemmnisse werden von 64 beziehungsweise 62 Prozent der Unternehmen genannt. Über die Hälfte der Unternehmen hält die Kontrolle über die Inhalte für unzureichend, und 48 Prozent befürchten, dass die Beschäftigten zu stark von ihren eigentlichen Aufgaben abgelenkt werden. Nur ein Drittel der Unternehmen geht von einer fehlenden Bereitschaft der Mitarbeiter aus, Web 2.0-Anwendungen aktiv zu nutzen.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass sich ein nicht unbedeutender Anteil der Unternehmen in Deutschland auf dem Weg zu Enterprise 2.0 befindet. Ob sich Wikis, Blogs & Co. auf Dauer bewähren werden und ob sie letztlich zur Steigerung des Unternehmenserfolgs in Form höherer Umsätze, einer höheren Produktivität oder einer besseren Innovationsfähigkeit beitragen können, wird noch zu prüfen sein.

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Investmentfondsvermögen privater Anleger in Deutschland im Vergleich

Deutsche Privatanleger investieren direkt in Fonds, gleichzeitig fließt ein großer Teil ihres Vermögens auch indirekt in diese Anlageform. Denn ein Teil des Geldes, das die privaten Haushalte über Lebensversicherungen und betrieblicher Altersvorsorge ansparen, legen Versicherer und Pensionskassen ihrerseits in Fonds an. Im Verhältnis zu ihrem Gesamtvermögen investieren die Haushalte in Deutschland einen vergleichbaren Anteil ihres Vermögens in Investmentfonds. Dies sind Ergebnisse einer aktuellen Studie des ZEW in Mannheim.

Die Privatanleger in Deutschland haben insgesamt 805 Milliarden Euro in Investmentfonds investiert. Neben den direkten Fondsanlagen in Publikumsfonds, die sich insgesamt auf 517 Milliarden Euro belaufen und etwa 11,4 Prozent des Geldvermögens der Haushalte ausmachen, berücksichtigt die Studie die indirekten Anlagen insbesondere über Lebensversicherungen und Pensionseinrichtungen. Beide zusammen investieren rund sechs Prozent des Geldvermögens der privaten Haushalte in Fonds. Damit beläuft sich das indirekt investierte Fondsvermögen der privaten Haushalte auf 288 Milliarden Euro, das

ein wichtiger Bestandteil der Vermögensbildung deutscher Haushalte. Die direkten Investmentfondsanlagen erreichten Ende des Jahres 2009 das Niveau von vor der Finanzmarktkrise und sie übersteigen die Summe aus Rentenwerten und Aktien, die jeweils einen Anteil von 7,2 Prozent und 3,9 Prozent des Geldvermögens ausmachen.

Geringe Unterschiede im Anlageverhalten

Die Studie untersucht darüber hinaus das Anlageverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen. Hierfür wurde die

haltsvorstands. Der Vergleich der Anlagebeträge zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass diese stark vom Vermögenseffekt geprägt sind. Das heißt, eine höhere Anlage in Investmentfonds ist von einem höheren Geldvermögen abhängig.

Setzt man die Fondsanlage jedoch ins Verhältnis zum gesamten Geldvermögen des Haushalts, zeigt sich, dass die Anlagevolumina in Fonds über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen durchaus vergleichbar sind. Somit ergeben sich kaum Unterschiede im Anlageverhalten der Haushalte in West- und Ostdeutschland. Die untersten Einkommensklassen unterscheiden sich geringfügig von den Höchstverdienern in ihrem Anlageverhalten. Im Bundesländervergleich ist das Anlageverhalten ebenfalls ähnlich. Dabei wird in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz prozentual am geringsten in Fonds investiert, in Hamburg und Bremen am stärksten.

Ferner analysiert die Studie, inwiefern deutsche Privatanleger direkt in Publikumsfonds investieren. Die in Deutschland zum Vertrieb zugelassenen Publikumsfonds werden zum Großteil in Luxemburg und Irland (73 Prozent) aufgelegt. Im Fall mehrerer Vertriebsländer ermittelt die Studie länderspezifische Gewichtungsfaktoren, um den Fondsvermögensanteil der deutschen Anleger zu schätzen. Aus der Anlagestruktur des so ermittelten Fondsvermögens wird deutlich, dass der Großteil in Aktien investiert wird (39 Prozent). Knapp 28 Prozent fließen in Anleihen. Dabei legen Investmentfonds das Vermögen deutscher Anleger überwiegend in deutschen Aktien (22,4 Prozent des Aktienportfolios) und deutschen Anleihen (26,8 Prozent des Anleihenportfolios) an. Nur 15 Prozent wird in PIIGS-Ländern (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) angelegt. Staatsanleihen machen 36 Prozent des Anleihenportfolios aus.

Zwetelina Iliewa, iliewa@zew.de
Gunnar Lang, lang@zew.de



Privatanleger in Deutschland haben rund 805 Milliarden Euro in Investmentfonds investiert.

ist mehr als die Hälfte des direkt investierten Fondsvermögens. Fast 60 Prozent der deutschen Privathaushalte sind direkt oder indirekt Fondsanleger. Direkte Fondsanteile besitzen dabei nur 24 Prozent der Haushalte.

Die direkten Investmentfondsanlagen in Publikumsfonds sind mit 11,4 Prozent

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 der statistischen Ämter des Bundes und der Länder herangezogen. Der umfassende Datensatz aus der Befragung von über 50.000 privaten Haushalten erlaubt die Einteilung nach verschiedenen Merkmalen wie Einkommen, Bundesland, Alter und Geschlecht des Haus-

Nachgefragt: Fachkräftemangel in Deutschland

Qualifizierte Zuwanderung mit Augenmaß

Im Oktober ist die Arbeitslosenzahl in Deutschland erstmals seit langem wieder unter die Drei-Millionen-Marke gefallen. Angesichts des robusten Arbeitsmarkts wächst der Ruf der Unternehmen nach mehr Zuwanderung, weil nicht mehr genügend qualifizierte inländische Bewerber vorhanden seien. Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung am ZEW, sagt, was angesichts des wachsenden Fachkräftemangels getan werden muss.

Brauchen wir wirklich Zuwanderung?

Definitiv. Mit Zuwanderern, die die gesuchten Qualifikationen mitbringen, lassen sich die bestehenden Lücken am schnellsten füllen. Ganz einfach wird das allerdings nicht. Ausländische Fachkräfte stehen nicht gerade Schlange, um nach Deutschland zu kommen. Zudem gibt es nach wie vor kein Steuerungsinstrumentarium für eine gezielte Zuwanderung.

Aber besteht nicht die Gefahr, dass man mit den Zuwanderern künftige Arbeitslose ins Land holt, wenn die Wirtschaft nicht mehr so gut läuft?

Das ist ein Missverständnis. Man darf nicht von unseren nicht so guten Erfahrungen mit den Gastarbeitern ausgehen. In der heutigen Situation braucht Deutschland die Zuwanderung nicht aus konjunkturellen, sondern aus strukturellen Gründen. Es sollen gut ausgebildete Menschen zu uns kommen, die von ihrer Grundqualifikation her zu jeder Zeit überdurchschnittlich gute Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Können Sie sagen, wie viele Menschen in welchen Bereichen zuwandern sollten?

Das kann niemand genau. Durch ein ständiges Monitoring kann man aber ab-

schätzen, was gerade Mangelberufe sind. Diese Berufe sollte ein Punktesystem höher gewichten. Bezieht es daneben Faktoren wie Alter, Ausbildungsniveau, Berufserfahrung und Sprachkenntnisse ein, sind die Chancen gut, Zuwanderer zuzulassen, die sich leicht in den Arbeitsmarkt integrieren. Trotzdem sollte man die jährlichen Zuwanderungskontingente nicht zu groß ansetzen.

Warum diese Einschränkung?

Um die Selbstheilungskräfte des Marktes zu erhalten. Bleibt ein Nachfrageüberhang trotz Zuwanderung, sollten die Löhne steigen. Dies setzt Signale für die richtige Ausbildung. Und wenn die Unternehmen wissen, dass sie nicht alle Stellen durch Zuwanderer füllen können, behalten sie den Anreiz, selbst auszubilden und attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Was können die Unternehmen in Deutschland denn selbst gegen den Fachkräftemangel tun?

Zumindest mittelfristig ist die weitere Aktivierung der Älteren und noch mehr der Frauen zentral, um den Fachkräftemangel aus eigener Kraft zu bekämpfen. Hier müssen die Unternehmen eigene Beiträge leisten, etwa durch altersge-



Foto: istockphoto
Mit gut ausgebildeten Zuwanderern kann Deutschland dem Fachkräftemangel begegnen.

rechte Arbeitsplätze oder gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei den Frauen geht es dabei um mehr als den Betriebskindergarten. Gerade in einem technischen Umfeld ist häufig eine fundamental neue Unternehmenskultur erforderlich, damit sie an die Spitze kommen können.

Und was ist mit Qualifizierung und Ausbildung?

Kurzfristig ist damit wenig zu erreichen. Die Vorstellung etwa, man könnte viele der heutigen Langzeitarbeitslosen durch Qualifizierung so weit bringen, dass sie die Fachkräftelücken füllen, halte ich schlicht für utopisch. Aber natürlich beginnen die künftigen Fachkräfte ihren Bildungsweg in unseren Kindergärten und Schulen. Und wie wir aus genügend Bildungsstudien wissen, wird hier viel Humankapitalpotenzial verschwendet. Nicht nur berufsrelevante Grundfertigkeiten, sondern auch Berufs- und Aufstiegsorientierung müssen noch viel besser vermittelt werden.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de



Foto: ZEW

Dr. Holger Bonin promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre im Jahr 2000 an der Universität Freiburg. Nach Tätigkeiten am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist Bonin seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Bonin untersucht unter anderem die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen, die ökonomischen Folgen von gesellschaftlicher Alterung und Migration sowie die Risikobereitschaft von Arbeitnehmern.

Steuervereinfachungen – eine sinnvolle Alternative zu Steuersenkungen

Im Vergleich zu anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die auf die Förderung des langfristigen Wachstums abzielen, haben Steuervereinfachungen den entscheidenden Vorteil, dass sie nicht notwendigerweise den Finanzierungsspielraum der öffentlichen Haushalte einschränken. Vor diesem Hintergrund bietet die aktuelle Haushaltslage eine starke Motivation, Steuervereinfachungen in Angriff zu nehmen. Dieser Beitrag stellt in der laufenden Legislaturperiode umsetzbare Vereinfachungsmaßnahmen vor und schätzt ihre Wirkung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum ab.*

nativen für Steuersenkungen aufzuzeigen, geboten. Aber auch private Haushalte und die Finanzverwaltung könnten mit etwa 1,3 Milliarden beziehungsweise knapp 300 Millionen Euro deutlich entlastet werden. Der mit den prognostizierten Kostensenkungen auf Seiten der Unternehmen und der Verwaltung verbundene Effekt auf das Wirtschaftswachstum lässt sich auf etwa 0,05 Prozentpunkte jährlich beziffern. Setzt man diese Effekte in Relation zum konjunkturbereinigten langfristigen deutschen Wirtschaftswachstum, das in den letzten Jahren auf lediglich einen Prozentpunkt geschätzt wurde, und berücksichtigt man ferner, dass der Aufwand, den Maßnahmenkatalog umzusetzen, relativ gering ist, so wäre dies durchaus ein nennenswerter Wachstumsbeitrag.

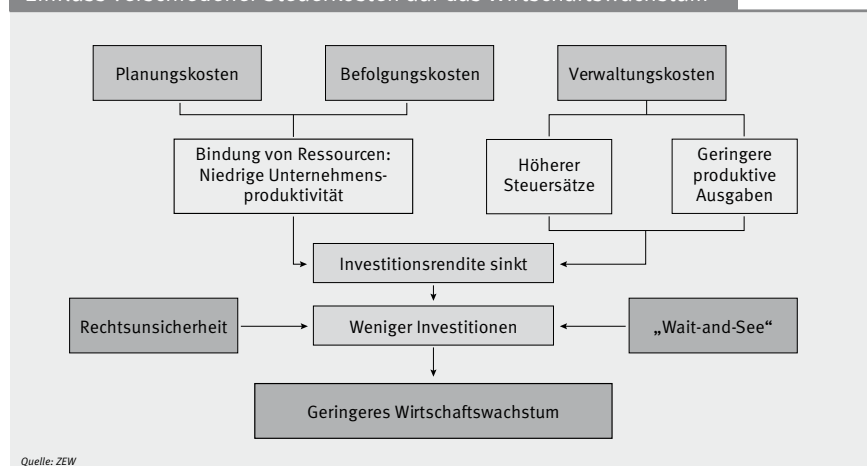
Im Folgenden werden drei der insgesamt 18 Maßnahmen des Mannheimer Katalogs vorgestellt. Die Einführung einer generellen Poolabschreibung sowie die Begrenzung des Anwendungsbereichs des ermäßigten Umsatzsteuersatzes zielen in erster Linie auf Unternehmen ab. Demgegenüber profitieren private Haushalte von der Einführung separater Werbungskostenpauschalen.

Einführung einer Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgüter

Im Rahmen der derzeit praktizierten steuerlichen Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens erweist sich die Ermittlung der zugrunde liegenden Abschreibungsdauer als besonders zeitaufwendig. Dies könnte durch die Einführung einer Sammelabschreibung, wie sie im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 bereits für geringwertige Wirtschaftsgüter des

* Die Analyse basiert auf der Studie „Auswirkungen von Steuervereinfachungen“, die das ZEW im Auftrag des BMWi in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal und der Beratungsgesellschaft Ebner Stolz Mönning Bachem erstellt hat. Sie finden die vollständige Studie sowie eine Kurzfassung unter: www.zew.de/publikation5969

Einfluss verschiedener Steuerkosten auf das Wirtschaftswachstum



Ausgangspunkt der Analyse ist die Einsicht, dass die Erhebung von Steuern den Steuerpflichtigen sowie der Finanzverwaltung Kosten verursacht. Diese umfassen die Befolgungs- und Planungskosten bei den Unternehmen sowie die Verwaltungskosten im öffentlichen Sektor. Da diese Kosten das gesamtwirtschaftliche Wachstum bremsen, sollten sie möglichst niedrig gehalten werden. Die obige Darstellung veranschaulicht diese Zusammenhänge.

Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal und der Beratungsgesellschaft Ebner Stolz Mönning Bachem einen Katalog von 18 Maßnahmen zur Steuervereinfachung erarbeitet. Diese Liste ließe sich kurzfristig umsetzen und wäre mit einem Kostensenkungspotenzial im Umfang von 4,8 Milliarden Euro verbunden. Neben den Verwaltungskosten des Fiskus und den Befolgungskosten für Unternehmen und private Haushalte werden auch die

Kosten der Steuerplanung berücksichtigt, die den Steuerpflichtigen im Rahmen legaler Aktivitäten zur Senkung der Steuerbelastung entstehen. Weitere Kriterien für die Bewertung der untersuchten Maßnahmen bilden die administrative und politische Umsetzbarkeit sowie die Vereinbarkeit mit dem Verfassungs- und Europarecht. Etwaige Aufkommensverluste sollen zudem gering sein oder die Kostensenkungspotentiale bei weitem unterschreiten.

Wachstumseffekt von 0,05 Prozentpunkten pro Jahr

Von den knapp 4,8 Milliarden Euro, die durch die ermittelten Steuervereinfachungen eingespart werden könnten, entfällt mit etwa 3,3 Milliarden Euro der größte Teil auf Unternehmen. Dieser Fokus auf die Unternehmen ist im Hinblick auf die Zielsetzung, positive Wachstumseffekte zu erzielen und somit Alter-

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Anlagevermögens eingeführt wurde, wesentlich vereinfacht werden. Bei der Sammelabschreibung werden sämtliche beweglichen abnutzbaren Anlagegüter in einem Sammelposten zusammengefasst und in Höhe eines festen Prozentsatzes abgeschrieben. In Folge dieser Maßnahme muss die tatsächliche Nutzungsdauer der einzelnen Wirtschaftsgüter nicht mehr ermittelt werden, was auf Seiten der Unternehmen mit einem Kostensenkungspotential in Höhe von etwa 300 Millionen Euro verbunden ist.

Begrenzung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes

Das Nebeneinander zwischen ermäßigtem und regulärem Umsatzsteuersatz beinhaltet komplexe Abgrenzungsfragen und einen erhöhten Deklarationsaufwand im Rahmen der Rechnungsstellung und der Finanzbuchhaltung der Unternehmen. Eine deutliche Einschränkung des Anwendungsbereichs des ermäßigten Umsatzsteuersatzes beinhaltet ein Kostensenkungspotenzial in Höhe von knapp 130 Millionen Euro. Die vollständige Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes birgt zudem ein noch höheres Kostensenkungspotenzial. Mittels gezielter Transferleistungen ließe sich zu-



Foto: digitalstock

Steuervereinfachungen könnten Unternehmen, privaten Haushalten und öffentlicher Verwaltung Geld sparen.

dem die verteilungspolitische Zielsetzung, die mit der ermäßigten Besteuerung beispielsweise von Lebensmitteln und Büchern verfolgt wird, wesentlich effektiver erreichen. Darüber hinaus wäre die Maßnahme vermutlich mit hohen Aufkommensgewinnen verbunden.

Einführung separater Werbungskostenpauschalen

Im Rahmen der Einkommensteuerklärung ist insbesondere der Nachweis der Werbungskosten sehr zeitaufwendig. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag soll hier Abhilfe schaffen. Oftmals übersteigen je-

doch bereits die Kosten für die Fahrt zur Arbeitsstätte diese Pauschale, so dass die übrigen Ausgaben im Endeffekt doch jeweils einzeln nachgewiesen werden müssen. Die Aufteilung des bestehenden Arbeitnehmerpauschbetrags auf drei gesonderte Pauschalen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, für die betriebliche Nutzung privater PCs und für sonstige Erwerbsaufwendungen kann wesentlich dazu beitragen, dass der Einzelnachweis seltener erforderlich wird und somit Entlastungen von 380 Millionen Euro allein auf Seiten der privaten Haushalte realisiert werden könnten.

Lisa Evers, evers@zew.de

ZEW KONFERENZEN

Systemic Risk and Incentives

Am 23. und 24. September 2010 veranstaltete das ZEW zusammen mit der Universität Mannheim und der European Business School die "Third Conference on Financial Integration and Stability: Systemic Risk and Incentives". Die Konferenz wurde finanziell von der Stiftung Geld und Währung unterstützt. An der Konferenz nahmen 31 Wissenschaftler aus dem In- und Ausland teil.

Die Keynote-Speech wurde von Axel Wieandt, dem früheren Vorstandsvorsitzenden der Hypo-Real Estate, gehalten. Die Konferenz befasste sich mit drei übergeordneten Themenblöcken, die sich als besonders wichtig für den Ausbruch und den Verlauf der Finanzmarktkrise erwiesen haben. John Muellbauer (Oxford University)

untersuchte im Themenblock „Household Finance and Mortgage Markets“ die Bedeutung der Kreditmärkte und der Hypothekenfinanzierung für den privaten Konsum in den Vereinigten Staaten. Im Themenblock „Liquidity“ beschäftigte sich Ernst-Ludwig von Thadden (Universität Mannheim) mit dem Phänomen der Repo-

Runs, die im Laufe der Krise zu großen Liquiditätsproblemen bei Banken geführt haben. Jean-Charles Rochet (University of Toulouse) zeigte in seiner Präsentation Möglichkeiten auf, wie der Risikoappetit von systemisch relevanten Banken gezügelt werden kann. Im Rahmen des dritten Themenblocks „Governance“ machte Christa Bouwman (CASE Western University) deutlich, dass sich die Corporate Governance-Systeme von Unternehmen durch personelle Verflechtungen zwischen den Unternehmen angleichen.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

ZEW KONFERENZEN

Workshop: Die Ökonomie von Green IT

Am 22. November 2010 richtete das ZEW den Workshop „The Economics of Green IT“ aus. Unter Green IT versteht man energiesparende Maßnahmen bei der Produktion und Nutzung von Informationstechnologien genauso wie IT-basierte Innovationen, die darauf abzielen, den Energieverbrauch in Geräten und Produktionsprozessen zu reduzieren, Stromnetze zu verbessern und Energiemärkte effizienter zu gestalten.



Hauptredner des Workshops war Philippe Aghion von der Universität Harvard.

Während Green IT in der Praxis stark diskutiert wird, hat sich in den Wirtschaftswissenschaften noch kein systematischer Forschungsansatz herauskristallisiert. Ziel des Workshops war es, die wissenschaftliche Debatte zu Green IT in der Ökonomie und verwandten Disziplinen zu fördern. Er wurde gemeinsam von der Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien und dem Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement ausgerichtet.

Als Hauptredner sprach Philippe Aghion von der Universität Harvard. Er erläuterte anhand eines theoretischen Modells, wie eine optimale Umweltpolitik angesichts der Koexistenz „sauberer“ und umweltbelastender Innovationen gestaltet sein sollte. Eine Subvention sauberer Innovationen ermöglicht es, einen sich selbst tragenden Prozess technischen Fortschritts in diesem Bereich zu initiieren. Gleichzeitig sollte eine Verbrauchsteuer auf Kohlenstoffemissionen erfolgen, da Entscheidungsträger in der

Gegenwart die Belastungen künftiger Generationen durch Klimaerwärmung nur unzureichend berücksichtigen. Die optimistische Botschaft Aghions und seiner Koautoren lautet, dass in einem plausiblen Szenario eine verhängnisvolle Klimaerwärmung durch vorübergehenden Einsatz der genannten Maßnahmen verhindert werden kann.

„Grüne“ Patente

In einem weiteren Vortrag analysierte Alistair Ulph (Universität Manchester) Probleme, die entstehen, wenn Regierungen zukünftiges Handeln im Bereich der Umweltpolitik nicht unabänderlich festlegen können. Christian Helmers (Universität Oxford) befasste sich mit dem von IBM eingerichteten Patent Commons, in dem mehrere große Unternehmen einen Teil ihrer „grünen“ Patente der Allgemeinheit frei zur Verfügung stellen. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung über die mögliche Motivation der Unternehmen zeigen unter anderem, dass Unternehmen vor allem solche Patente beisteuern, die nicht in ihrem Kernbereich liegen. Giovanni Marin (Universität Ferrara) präsentierte eine Untersuchung zu Determinanten von ökologischer Innovation und zur Wirkung von IT-Investition auf Emissionen. Shunsuke Managi (National Institute for Environmental Studies, Japan) diskutierte die Auswirkungen von Umweltregulierung auf Forschung und Entwicklung in der japanischen Automobilindustrie. Es zeigt sich, dass striktere Regulierung Investitionen in Forschung und Entwicklung stimuliert. Ralph Hintemann (Borderstep Institute, Berlin) und Daniel Schlitt (OFIS, Oldenburg) stellten anhand innovativer Datenberechnungen und Modellsimulationen dar, wie groß der Energie- und Materialverbrauch in deutschen Datenzentren eingeschätzt wird und welche Maßnahmen einen sparsameren Umgang mit diesen Ressourcen fördern.

Weitere Informationen finden sich unter www.zew.de/greenit2010.

Dr. Marianne Saam, saam@zew.de
Benjamin Engelstätter, engelstaetter@zew.de

ZEW INTERN



Prof. Dr. Andreas Löschel folgt Ruf der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW, wurde zum Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Umwelt- und Ressourcenökonomik an der Ruprecht-Karls-Universität ernannt. Die Professur ist dem Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität zugeordnet.

Chancen für einen stabilen Aufschwung

ZEW-Präsident Wolfgang Franz stellte im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten 2010/11 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Im November und Dezember 2010 referierte der Vorsitzende des Sachverständigenrats in den baden-württembergischen Landesvertretungen in Berlin und Brüssel, bei der Baden-Württembergischen Bank in Stuttgart und bei der EnBW in Karlsruhe sowie der Industrie- und Handelskammer in Freiburg.

Deutschland habe im Jahr 2010 mit einer überdurchschnittlich starken und schnellen Erholung den Weg aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gefunden, sagte Franz zu Beginn seines Vortrags. Obwohl die deutsche Wirtschaft im

wicklung am Arbeitsmarkt beigetragen, doch auch von den moderaten Lohnabschlüssen der Tarifvertragsparteien habe der Arbeitsmarkt profitiert. So habe die Anzahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2009 trotz der Rezession die Marke

den Löhnen führen. Dies werde der Inlandsnachfrage einen Schub geben und die Konjunktur weiter ankurbeln.

Während andere Länder aufgrund einer besonders hohen Staatsverschuldung und der Sorge wegen möglicher deflationärer Tendenzen hohe Risikoprämien auf Staatsanleihen zahlen müssten, habe Deutschland aufgrund seiner Stabilität die Chance, für private Investoren noch attraktiver zu werden. Die im internationalen Vergleich solide Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland sowie der durch die „Schuldenbremse“ vorgeschriebene Konsolidierungspfad der Bundesregierung mache Deutschland als „sicheren Hafen“ für die Anleger attraktiv.

Gut aufgestellt sieht Franz darüber hinaus die deutschen Unternehmen. Sie konnten in den vergangenen Jahren ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern. Ferner habe die Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2008 den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich der Unternehmenssteuerbelastung von einem unrühmlichen Platz auf einen passablen Platz im Mittelfeld geschoben.

Wirtschaftliche Risiken für 2011

Trotz der Aufwärtsdynamik bestünden aber gewisse konjunkturelle Risiken, sagte Franz. So sei Deutschland nach wie vor eine stark auf den Export ausgerichtete Volkswirtschaft. Ein konjunktureller Abschwung in für Deutschland wichtigen Abnehmerländern sowie eine dortige drastische Sparpolitik könnten den Export deutscher Waren und Dienstleistungen schwächen. Ein Rückschlag bei den Exportaktivitäten könnte die Belebung der Binnennachfrage kompensieren, wenn nicht sogar überkompensieren.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre sei ferner nicht auszuschließen, dass es auf den weltweiten Finanzmärkten erneut zu unerwarteten Schocks komme, die sich nachteilig auf die Realwirtschaft auswirken könnte, gab Franz zu bedenken. Nach wie vor gebe es in den Bankbilanzen Positionen, für die



Foto: ZEW
Wolfgang Franz mit Stefan Mappus, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und Joachim E. Schielke, Vorstandsvorsitzender der BW Bank, bei der Vortragsveranstaltung in Stuttgart (von links).

vergangenen Jahr geschrumpft sei, habe bereits zur Jahresmitte 2009 eine anhaltende wirtschaftliche Erholung eingesetzt. Für das Jahr 2010 gehe der Sachverständigenrat von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 3,7 Prozent aus. Im Jahr 2011 sei mit einem Wachstum von 2,2 Prozent zu rechnen, sagte Franz.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung hätten die konjunkturelle Abwärtsdynamik abgebremst und zu einer raschen Erholung geführt. Darüber hinaus profitiere die deutsche Wirtschaft von den Reformen vorheriger Regierungen, etwa von der Unternehmenssteuerreform und den Hartz-Reformen. Letztere hätten viel zur derzeitigen robusten Ent-

wicklung am Arbeitsmarkt beigetragen, doch auch von den moderaten Lohnabschlüssen der Tarifvertragsparteien habe der Arbeitsmarkt profitiert. So habe die Anzahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2009 trotz der Rezession die Marke

Chancen für das Jahr 2011

Franz zeigte sich optimistisch, dass die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt den privaten Konsum im kommenden Jahr stimulieren werde. Insbesondere dürfte die sinkende Arbeitslosigkeit und der Mangel an qualifizierten Facharbeitern den Arbeitnehmern die Angst vor einem Jobverlust nehmen. Überdies werde das Beschäftigungswachstum zu steigen-

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND



Wolfgang Reinhart MdL, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Baden-Württemberg, mit Wolfgang Franz bei der Vortragsveranstaltung in Berlin (von links).



Wolfgang Franz spricht in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Brüssel.

noch beträchtlicher Abschreibungsbedarf bestehe. Mit Blick auf China und die Vereinigten Staaten warnte der „Wirtschaftsweise“ vor den zunehmenden Spannungen im internationalen Währungsgefüge. Wenn die Vereinigten Staaten als Reaktion auf den schwachen Yuan handelsprotektionistische Maßnahmen ergreifen, so würde dies der Weltwirtschaft schaden. Überdies könnte die expansive Geldpolitik der Vereinigten Staaten zu einer merklichen Aufwertung des Euros führen und damit den deutschen Export schwächen.

Strategien für die Zukunft

Um langfristig einen tragfähigen Wachstumskurs zu halten, müsse die Bundesregierung auf verschiedenen Fel-

dern aktiv werden, riet Franz. Die Schuldenkrise einiger Euroländer habe gezeigt, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt einer Reform bedürfe. Es müsse klare Regeln und auch Sanktionsmechanismen für Euroländer geben, die sich exzessiv verschuldet hätten. Darüber hinaus müsse die EU einen Finanzierungsmechanismus für Krisensituationen schaffen, der immer dann greife, wenn die Zahlungsfähigkeit von Mitgliedsländern bedroht sei.

Auch die internationale Finanzarchitektur müsse reformiert werden. Die Regelungen im Rahmen von Basel III, die im Wesentlichen auf eine strengere Eigenkapitalregulierung des Bankensektors abzielten, seien in diesem Kontext zu begrüßen. Darüber hinaus regt der Sachverständigenrat aber auch eine nach dem

systemischen Risiko differenzierte Banken-Abgabe an. Durch sie könne die Kreditwirtschaft im Ernstfall selbst für einen Teil der Kosten von systemischen Krisen aufkommen. Auf europäischer Ebene müsse unbedingt auch eine handlungsfähige Finanzaufsicht geschaffen werden und die Bankenaufsicht in Deutschland sollte unter dem Dach der Bundesbank konzentriert werden, sagte Franz.

Reformen auf der Agenda

Mit Blick auf die Verschuldung der öffentlichen Haushalte muss nach Ansicht des Sachverständigenrats weiterhin der Weg der Konsolidierung beschritten werden. Dabei werde die Schuldengrenze in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der staatlichen Verschuldung leisten. Jedoch stünden nach wie vor die angekündigte Reform der Gemeindefinanzen sowie die Reform der Umsatzsteuer auf der Agenda der Bundesregierung. Wichtig sei auch, dass die Bundesregierung bei der Rente mit 67 Standfestigkeit beweise und das Renteneintrittsalter wie geplant stufenweise erhöhe.

Die Chancen auf einen stabilen Wirtschaftsaufschwung stünden trotz der genannten Risiken nicht schlecht, schloss Franz. Jedoch könne von einem neuen „Wirtschaftswunder“ keine Rede sein. Die Aussichten seien allerdings gut, vorausgesetzt die Bundesregierung gehe die notwendigen Reformen beherrscht und engagiert an.



Wolfgang Franz beantwortet Fragen der Zuhörer bei der Vortragsveranstaltung im Hause der EnBW in Karlsruhe.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

ZEW INTERN

Nachruf zum Tod von Herrmann Freudenberg

Herrmann Freudenberg, der am 15. November 2010 verstarb, war dem ZEW viele Jahre eng verbunden. Als Mitglied der Gründungskommission und als langjähriges Aufsichtsratsmitglied des ZEW hat er die erfolgreiche Arbeit des Instituts von Anfang an mit Rat und Tat begleitet. Das ZEW ist Herrmann Freudenberg für seine herausragenden Dienste daher zu großem Dank verpflichtet. Durch den Tod von Herrmann Freudenberg verliert das ZEW einen wichtigen Ratgeber. Er wird uns allen als bedeutende Persönlichkeit in Erinnerung bleiben.



Foto: Freudenberg & Co. / Freudenberg & Co. / Freudenberg & Co.

Fachkräfte aus China und Vietnam besuchen Finanzministerium Baden-Württemberg

Im Rahmen eines mehrmonatigen Weiterbildungsprogramms am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) besuchte Anfang November eine 19-köpfige Gruppe von Mitarbeitern chinesischer Finanzbehörden und weiterer staatlicher Institutionen aus China und Vietnam das Finanzministerium von Baden-Württemberg in Stuttgart.



Foto: ZEW

Die Fachkräfte aus China und Vietnam vor dem baden-württembergischen Finanzministerium in Stuttgart.

Im Ministerium wurden die Gäste aus Asien sehr herzlich von Ministerialdirektorin Dr. Gisela Meister-Scheufelen begrüßt. Es folgten Vorträge von Meister-Scheufelen und dem Leiter der Abteilung Haushalt, Reiner Moser, zu den Themen „Staatshaushalt und Budgetplanung in Deutschland“ und zum „Haushalt des Landes Baden-Württemberg“. Die Fachkräfte aus China und Vietnam nehmen

von September bis November 2010 an einem Weiterbildungsprogramm zum Thema Makroökonomie am ZEW teil. Der Kurs am ZEW ist Teil des Trainingsprogramms „Strengthening Macroeconomic Policies“, das die InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit organisiert.

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 10-092, Steffen Osterloh: Words Speak Louder Than Actions: The Impact of Politics on Economic Performance.

Nr. 10-091, Julia Horstschräer, Markus Clauss, Reinhold Schnabel: An Unconditional Basic Income in the Family Context – Labor Supply and Distributional Effects.

Nr. 10-090, Vigen Nikogosian, Tobias Veith: Der Einfluss öffentlichen Eigentums auf die Preissetzung in deutschen Haushaltsstrommärkten.

Nr. 10-089, Tobias Veith: The National Regulatory Structure Against the Background of the European Regulatory System.

Nr. 10-088, Tobias Veith: European Telecommunication Regulation – Effects on Telecommunication Providers.

Nr. 10-087, Tobias Veith: Supply and Demand for Telecommunication Infrastructure.

Nr. 10-086, Victoria Alexeeva-Talebi: Cost Pass-Through of the EU Emissions Allowances: Examining the European Petroleum Markets.

Nr. 10-085, Sarah Borgloh, Astrid Dannenberg, Bodo Aretz: On the Construction of Social Preferences in Lab Experiments.

Nr. 10-084, Kai Hüschelrath, Jürgen Weigand: Fighting Hard Core Cartels.

Nr. 10-083, Volodymyr Bilotkach, Kai Hüschelrath: Airline Alliances, Antitrust Immunity and Market Foreclosure.

Nr. 10-082, Kai Hüschelrath, Jürgen Weigand: Predation Enforcement Options: An Evaluation Using a Cournot Framework.

Nr. 10-081, Kai Hüschelrath, Nina Leheyda: A Methodology for the Evaluation of Competition Policy.

Nr. 10-080, Volodymyr Bilotkach, Kai Hüschelrath: Antitrust Immunity for Airline Alliances.

Nr. 10-079, Katja Coneus, C. Katharina Spiess: Pollution Exposure and Infant Health: Evidence from Germany.

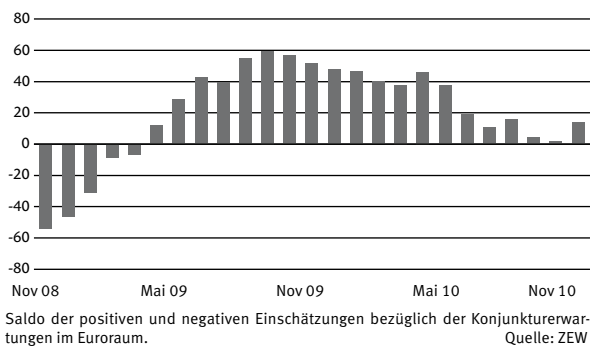
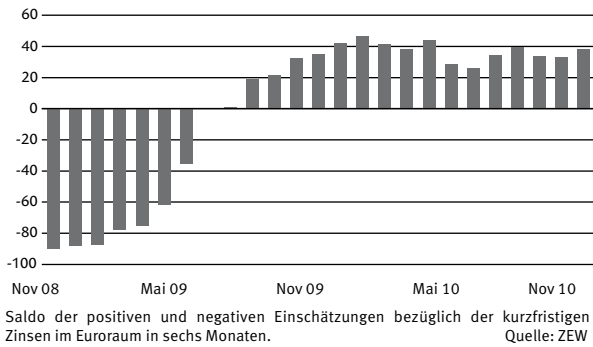
Nr. 10-078, Dirk Czarnitzki, Bernd Ebersberger: Do Direct R&D Subsidies Lead to Monopolization of R&D in the Economy?

Nr. 10-077, Bernd Fitzenberger, Aderonke Osikominu, Marie Paul: The Heterogeneous Effects of Training Incidence and Duration on Labor Market Transitions.

Nr. 10-076, Martin Bohl: Pension Funds' Performance in Strongly Regulated Industries in Central Europe: Evidence from Poland and Hungary.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im November 2010



EZB: Zinserhöhung rückt ins Blickfeld

Nach wie vor geht die Mehrheit der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten von einem unveränderten Niveau der kurzfristigen Zinsen in der Eurozone im nächsten halben Jahr aus. Der Anteil derer, die mit steigenden Zinsen rechnet, ist allerdings im November auf 38,9 Prozent der Befragten angestiegen. Damit werden Zinserhöhungen durch die EZB aus Sicht der ZEW-Finanzmarktexperten wieder etwas wahrscheinlicher. Der Grund hierfür dürfte sein, dass der EZB ein entschlossenes Vorgehen gegen Inflation zugetraut wird.

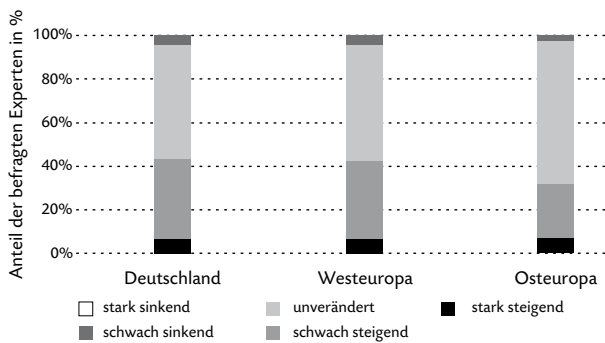
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Verbesserte Erwartungen

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im November um 12,0 Punkte auf 13,8 Punkte gestiegen. Damit verzeichnen sie einen größeren Zuwachs als die Konjunkturerwartungen für Deutschland (plus 9,0 Punkte). Ein wachsender Teil der Befragten geht offenbar davon aus, dass sich im nächsten halben Jahr auch die Konjunktur in einigen anderen Euroländern verbessern wird. Der Saldo, der die Erwartungen hinsichtlich der aktuellen wirtschaftlichen Lage in der Eurozone widerspiegelt, liegt aktuell bei minus 1,0 Punkten.

Christian David Dick, dick@zew.de

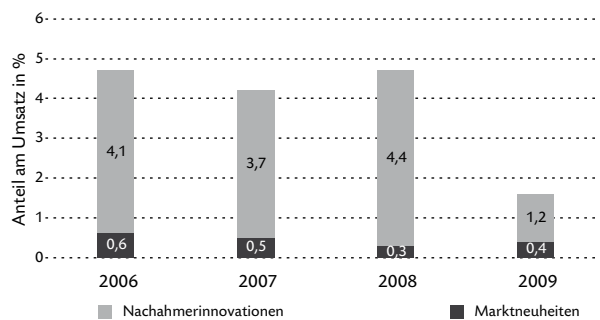
Stabile Preise in der Binnenschifffahrt erwartet



Die Preisentwicklung in der Binnenschifffahrt ist – wie der jüngste Bericht „Marktbeobachtung Europäische Binnenschifffahrt“ der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt berichtet – nicht nur von der Gesamtnachfrage und Kostentwicklung abhängig, sondern sehr stark auch von den Pegelständen der Flüsse. Das macht Preisprognosen schwierig. Mehr als 50 Prozent der von ProgTrans/ZEW befragten Experten erwarten im Deutschland- und Westeuropaverkehr im nächsten halben Jahr stabile Preise. Für den Osteuropaverkehr gehen sogar zwei Drittel der Befragten von unveränderten Preisen aus.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

2009 – schwieriges Jahr für die deutsche Entsorgungswirtschaft



Die Unternehmen des Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft mussten 2009 deutliche Einbußen beim Umsatz mit neuen Produkten und Dienstleistungen hinnehmen. Nur mehr 1,6 Prozent des Branchenumsatzes ging auf Produktinnovationen zurück, nach 4,7 Prozent 2008. Der scharfe Preiswettbewerb, ein geringeres Entsorgungsaufkommen und der Verfall der Preise für Sekundärrohstoffe bildeten ein ungünstiges Umfeld für Innovationen. Auch für 2010 sind die Unternehmen wenig zuversichtlich. Die Innovationsbudgets sollen weiter zurückgenommen werden, hier zeigt sich die angespannte Ertragssituation der Branche.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Advent

Schauen Sie sich Ihren Adventskranz bitte noch einmal genau an. Bestand er beim Kauf aus Trockenpflanzen oder war frisches Material charakterbestimmend? Wen diese Frage ausser Ihnen etwas angeht? Nun, das Finanzamt interessiert sich

dafür. Denn im ersten Fall wird der Regelsatz der Umsatzsteuer (19 v. H.) fällig, im zweiten der ermäßigte Satz (7 v. H.). Da des Weiteren die Finanzverwaltung den Erfindungsreichtum seiner Pappenheimer kennt, wenn es nämlich um Steuerermeidung geht, hat es diesbezüglichen Anwendungen vorsorglich einen Riegel vorgeschoben. Denn laut Schreiben des Bundesfinanzministeriums wird Trockenmoos durch Anfeuchten nicht wieder zu frischem Moos, schon gar nicht in steuerrechtlichem Sinn.

Weit gefehlt, wer glaubt, dies sei eine Petitesse, weil ein Einzelfall. Hundefutter wird mit 7 v. H. besteuert, Babynahrung mit 19 v. H. Ein Schelm, wer darin die Ursache des niedrigen Geburtenstands in Deutschland sieht. Wissen Sie, warum künstliche Tierbesamung mit 7 v. H. anstatt mit dem Regelsatz besteuert wird? Ich auch nicht.

Im Ernst: Die zahlreichen Ausnahmetatbestände vom Regelsatz sind regelmäßig das Ergebnis einer erfolgreichen Lobbyarbeit einschlägiger Verbände und Institutionen, die es verstanden haben, die Politik für ihre Partikularinteressen einzuspannen. Natürlich ist von Subventionen nicht die Rede. Vielmehr bezieht sich die routinemäßig vorgetragene Rechtfertigung auf ansonsten drohende Arbeitsplatzverluste, beispielsweise weil im (nahegelegenen) Ausland entsprechende Güter und Dienstleistungen niedriger besteuert würden. Skifliten in Bayern drohte angeblich der Konkurs angesichts des enormen Wettbewerbsdrucks aus Österreich oder der Schweiz, also werden diesbezüglich Leistungen seit wenigen Jahren ermäßigt besteuert. Analoges gilt seit diesem Jahr für das Beherbergungsgewerbe, wobei nun der Streit darüber entbrannt ist, was alles zu einer Übernachtung gehört. Das Frühstück jedenfalls nicht, von speziellen Dienstleistungen in gewissen „Hotels“ erst gar nicht zu reden.

Am ehesten könnte die ermäßigte Besteuerung von Nahrungsmitteln Verständnis erheischen, weil der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel bei unteren Einkommensschichten überproportional hoch ist. Dann lohnt sich eine Reform indes kaum noch. Denn die Steuermindereinnahmen auf Grund des ermäßigten Umsatzsteuersatzes belaufen sich auf 23 Milliarden Euro. Davon entfallen allein 17 Milliarden Euro auf Nahrungsmittel. Abgesehen davon bleiben dann wieder die teilweise komisch anmutenden Abgrenzungskämpfe, nämlich welche Güter zu den Nahrungsmitteln zu zählen sind und welche eben nicht.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat daher eine weitgehende Änderung vorgeschlagen, nämlich die generelle Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes und gleichzeitig die Absenkung des Regelsatzes von 19 v. H. auf rund 16,5 v. H., so dass dies zusammengenommen weitgehend aufkommensneutral vonstatten geht. Um der zu erwartenden Empörung über eine angebliche Umverteilung von unten nach oben und über untragbare Zusatzlasten der unteren Einkommensbezieher den Wind aus den Segeln zu nehmen, legt der Sachverständigenrat einschlägige Berechnungen auf der Basis der neuesten verfügbaren Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2008 vor. Das Ergebnis ist einigermaßen überraschend. Die Umsatzsteuerbelastung in Prozent des Haushaltsnettoeinkommens ändert sich im Durchschnitt sämtlicher zehn untersuchten Einkommensdezile durch die Reform praktisch nicht. Die Umverteilungseffekte halten sich ebenfalls in Grenzen: Die unterste Einkommensgruppe verliert maximal fünf Euro im Monat. Zu prüfen bleibt indes noch, ob sich dieses Ergebnis für bestimmte soziodemographische Gruppen – etwa Haushalte mit zahlreichen Kindern – ändert, dann wäre in solchen Ausnahmefällen an Kompensationszahlungen zu denken.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim . Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim . Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010